

ANTWORTEN DER CDU BERLIN AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE DES NABU

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

Verkehr und Klimaschutz:

1. Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei die Klimaneutralität bis 2050 erreichen?

Antwort:

Es ist unser Ziel, bis zum Jahr 2030 die CO₂-Emissionen um 65 % zu reduzieren. Wir wollen ein gemeinsames Bekenntnis von Politik und Berliner Wirtschaft, als Stadt bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Dafür werden wir alle Aktivitäten und Unternehmen unterstützen, die dieses Ziel zu erreichen helfen und insbesondere den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv fördern. Wir sind der Überzeugung, dass die Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit nicht in Verbot und Rückschritt, nicht im Gegeneinander von Ökologie und Ökonomie und nicht in der Mehrbelastung von Bürgerinnen und Bürgern liegt. Wir sind der Überzeugung, dass es die Innovation ist, die uns voranbringt, das Miteinander, die richtigen Anreize und die gemeinsame Anstrengung. Wir stehen für eine natur- und sozialverträgliche Politik, bürgernah, technologieoffen, mit einer leistungsfähigen Wissenschaft und einem starken Mittelstand. Fortschritt und Technologie sind die Mittel, um Wirtschaft und Umweltschutz in Einklang zu bringen. Wo andere mit Klimaschutz vor allem Vorschriften und Verbote verbinden, sehen wir vor allem Chancen für die innovativen Unternehmen unserer Stadt und zukunftssichere Jobs. Klimaschutz muss für Berlin zum Jobmotor werden. Unser Ziel ist Klimawohlfahrt für alle.

Um den Erreichungsgrad der Klimaziele für unsere Stadt jederzeit überprüfen zu können, werden wir smarte und digitale Lösungen verwenden, die genau darüber Auskunft geben, wo (Örtlichkeiten) und wie (bspw. Energieeinsparungen) Klimaziele erreicht werden.

2. Sind Sie bereit, im Sinne der Verkehrswende bereits versiegelte Verkehrsflächen vom Autoverkehr hin zum ÖPNV, Rad- und Fußverkehr umzuverteilen?

Antwort:

Wir stehen für eine nachhaltige, vernünftige und unideologische Verkehrswende. Dabei erkennen wir an, dass sich die Mobilitätsbedürfnisse der Berlinerinnen und Berliner verändert haben und weiter ändern. Wir wollen deshalb nicht die „autogerechte“ Stadt und auch nicht die „fahrradgerechte“ Stadt, sondern die „menschengerechte“ Stadt. Die Menschen können, wollen und sollen selbst entscheiden, wie sie sich durch unsere Stadt bewegen.

Alle Erfahrung zeigt: Die Menschen nutzen gerne die umweltfreundlichen Verkehrsmittel, wenn sie attraktiv sind. Deshalb wollen wir in Attraktivität und

Kapazität investieren. Dazu gehört, die Verkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht ausbauen, das ÖPNV-Angebot massiv zu verbessern und die Verkehrsflächen fair aufzuteilen. Wir wollen das Fahrradfahren in Berlin komfortabler und sicherer machen. Der Fahrradverkehr soll den Autoverkehr aber nicht unnötig ausbremsen. Auch das Zufußgehen muss sicherer, gesünder, angenehmer und attraktiver werden.

Wir werden das Auto nicht aus der Stadt verbannen, aber umwelt- und stadtverträgliche Lösungen anbieten. Denn viele Menschen sind auf diese Form der individuellen Mobilität angewiesen – zum Beispiel Familien mit Kindern, Ältere und natürlich auch Handwerker, Dienstleister und dergleichen mehr. Wir werden beispielsweise sukzessive Parkflächen von der Straße in Parkhäuser und Tiefgaragen verlagern. Die so freiwerdenden Flächen stehen dann beispielsweise für Lieferanten, Bus- und Trampuren, Fahrräder, Fußwege oder Begrünung zur Verfügung.

3. Wie stehen sie zum Bau der „Tangentialverbindung Ost“ (TVO) und zum Weiterbau der A100?

Antwort:

Das Prinzip der Bündelung von Durchgangsverkehren ist sinnvoll, um Wohngebiete vom Verkehr zu entlasten und durch die Kanalisierung des Verkehrs für weniger Emissionen zu sorgen. Wir stehen zum Weiterbau der A100 über den derzeit im Ausbau befindlichen 16. Bauabschnitt zwischen Neukölln und Treptow hinaus. Die Entlastungswirkung des Berliner Stadtrings für die Innenstadt wird sich durch eine Verlängerung der Stadtautobahn bis zur Frankfurter Allee weiter verbessern. Die Planung des Bundes werden wir weiter unterstützen. Wir setzen uns auch für das Projekt der Tangentialverbindung Ost (TVO) ein und wollen die Endlosgeschichte der Planung zu einem erfolgreichen Abschluss bringen.

Wasser:

4. Was wird Ihre Partei tun, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 in Berlin zu erreichen?

5. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die durch die Trinkwasserförderung bereits stark geschädigten Moore Berlins zu retten?

Antwort:

Die Qualität des Grundwassers muss weiter aktiv und nachhaltig verbessert werden. Es gilt den Eintrag von Schadstoffen, Keimen und Mikroplastikpartikeln zu verhindern und die Reinigung des Wassers zu optimieren. Wir sprechen uns

seit Jahren dafür aus, dass Baden in der Spree wieder ermöglicht werden muss. Der aktive Bergbau in der Lausitz belastet auch die Trinkwasserqualität in Berlin. Für uns gilt das Verursacherprinzip: Wer einen Stoff einbringt, muss für dessen Beseitigung sorgen.

Für uns ist die Sicherheit der Wasserver- und Abwasserentsorgung von überragender Bedeutung. Deshalb werden wir mit den Berliner Wasserbetrieben eine Strategie zum Wert- und Funktionserhalt des Kanal- und Rohrleitungssystems erarbeiten. Wir wollen die Wasserschutzgebiete erhalten, die Lücke im Abwassernetz schließen und in unsere Wasserwerke und Rückhaltebecken investieren. Die Trinkwasserversorgung hat für uns Priorität. Die Notwendigkeit, die Berliner Moore als natürliche CO₂-Senke und Lebensraum für Insekten zu erhalten, erkennen wir an und werden uns im Falle einer Regierungsbeteiligung hierfür einsetzen.

Klimafolgenanpassung, die Belange der Wasserwirtschaft und der wachsenden Stadt sind in Einklang zu bringen. Hierfür ist es unabdingbar, die Regenwasserbewirtschaftung in den Stadtplanungsprozess – möglichst schon im Zuge der Rahmenplanung – einzubeziehen. Stadtweite Abkopplungsziele müssen alle Akteure einbeziehen und mit individuellen Zielen, Anreizen und Ressourcen verbindlich unterlegt werden.

Wir werden die Arbeit der Berliner Regenwasseragentur unterstützen und setzen uns dafür ein, dass Landes und Bezirksverwaltungen, die Berliner Wasserbetriebe, Immobilienbranche sowie Forschung und Zivilgesellschaft noch enger verzahnt zusammenarbeiten. Bestehende (gesetzliche) Hürden wollen wir abbauen und (Genehmigungs- bzw. Entscheidungs-) Prozesse klarer, verbindlicher, transparenter und einheitlicher unter dem Gesichtspunkt der Klimafolgenanpassung gestalten.

Auch abseits von Müggelsee, Wannsee, Tegeler See, Spree und Havel gibt es zahlreiche kleinere Seen, Teiche, Pfuhe und Weiher. Viel zu viele dieser Gewässer sind leider in einem ökologisch schlechten Zustand. Das schadet Flora und Fauna und mindert die Lebensqualität der Menschen vor Ort. Aktuelle Gewässergütesanierungsmaßnahmen des Senates betreffen fast ausschließlich Gebiete bzw. Gewässer innerhalb des S-Bahn-Ringes. Deswegen wollen wir die Gewässersanierungsmaßnahmen systematisch auf Gebiete außerhalb des S-Bahn-Ringes ausweiten und das mit einem neuen und deutlich erweiterten Förderprogramm unterstützen.

Stadtgrün:

6. Welche Mittel wollen Sie bereitstellen, um mehr Stellen in Naturschutzbehörden und Grünflächenämtern zu schaffen?

Antwort:

Auf die Bereiche Umwelt, Verkehr und Klimaschutz zusammengenommen entfielen in den vergangenen Jahren nicht einmal sechs Prozent der Mittel des Berliner Gesamthaushaltes. Wenn wir der Klimanotlage und den Herausforderungen der Klimawandelfolgenanpassung gerecht werden wollen, müssen wir unsere Prioritäten überdenken und deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen. Ein gesundes Stadtgrün trägt wesentlich zum Stadtklima und zur Lebensqualität in Berlin bei. Die vorhandenen ca. 430.000 Stadtbäume werden wir durch zusätzliche Wässerung in Hitzephasen besser pflegen. Unser Ziel sind 500.000 Stadtbäume in Berlin.

7. Wie beabsichtigen Sie sicherzustellen, dass das vom Senat herausgegebene "Handbuch Gute Pflege" bei der Grünflächenpflege in den Bezirken, bei öffentlichen Institutionen sowie städtischen Wohnungsgesellschaften verbindlich befolgt wird?

Antwort:

Kaum eine Metropole hat so viele Grünflächen wie Berlin. Ausgedehnte Waldgebiete und etwa 2.500 öffentliche Grünanlagen bieten Erholungsmöglichkeiten für alle Berlinerinnen und Berliner und sind ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität in unserer Stadt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das Grün in unserer Stadt nicht nur zu erhalten und zu pflegen, sondern im Spannungsfeld zwischen Flächenverbrauch, Nachverdichtung und Lebensqualität neue Wege zu gehen.

Wir sind stolz auf die Biodiversität in unserer Stadt und werden sie weiter fördern und erhöhen. Wir wollen den Anteil von Wildwiesen in den Berliner Parks erhöhen und werben für die vermehrte Einrichtung von Nisthilfen. Sie dienen als Nahrungsquelle und Lebensorte für Insekten und Kleinstlebewesen.

Städtisches Grün ist für die Menschen in unserer Stadt unverzichtbar. Wir brauchen die Straßenbäume und -beete sowie Gärten und Parks aber nicht nur aus ökologischer oder ästhetischer Sicht. Sie haben auch einen ebenso hohen sozialen Wert.

Wir werden ein Aktionsprogramm auflegen, um die Attraktivität der Berliner Parks zu steigern. Wir wollen Wege instand setzen, die Beleuchtung verbessern, Parkmöbel restaurieren und mehr Sitzgelegenheiten schaffen. Zudem wollen wir verstärkt sogenannte Unterflurbehälter verbauen, die mehr Abfall aufnehmen können, um eine Vermüllung der Parks gerade in den Sommermonaten entgegenzuwirken. Das im Jahr 2015 bei der BSR gestartete Pilotprojekt zur Reinigung von Forstgebieten, Parks, Grünanlagen und

Spielplätzen umfasst bisher nur 79 von etwa 2.700 dieser Orte in Berlin. Dieses Projekt werden wir auch weiterhin ausweiten; dabei ist ein besonderer Fokus auf Kinderspielplätze zu legen.

8. Halten Sie ein Verbot von Schottergärten für ein geeignetes Instrument, um ökologisch wertvollere Gärten zu fördern?

Antwort:

Reine Stein- bzw. Schottergärten sind mit vielen ökologischen Nachteilen verbunden. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Gärten nur spärlich bepflanzt oder sogar mit speziellem Gartenvlies vom Nährboden abgeschottet sind. Wir werden die Aufklärung über diese Nachteile gegenüber Privateigentümern verstärken und insbesondere auf den öffentlichen Flächen mit gutem Beispiel vorangehen. Den Gartenfreunden unserer Stadt eine bestimmte Art von Bepflanzung vorzuschreiben, entspricht hingegen nicht unserem freiheitlichen Menschen- und Gesellschaftsbild.

Bauen:

9. Beabsichtigen Sie, Maßnahmen gegen Vogelschlag an Glas sowie zur Schaffung künstlicher Lebensstätten für Vögel- und Fledermäuse bei Neu- und Bestandsbauten in der Bauordnung zu verankern?

Antwort:

Wir unterstützen Maßnahmen gegen Vogelschlag und zur Schaffung künstlicher Lebensstätten für Flugtiere. Inwieweit hierbei eine Aufnahme in die Bauordnung erforderlich ist oder durch andere Wege – wie beispielsweise Beratungsangebote – bedarf einer tiefergehenden Betrachtung. Im Falle einer Regierungsbeteiligung werden wir eine entsprechende Prüfung anregen.

10. Setzen Sie sich dafür ein, die ökologische Baubegleitung bei allen Bauvorhaben verpflichtend zu machen?

Antwort:

Durch umweltrechtliche Anforderungen werden Bauprojekte immer komplexer. Für die Umsetzung von Anforderungen, die aufgrund des Umweltschutzes von den dafür zuständigen Behörden an ein Bauprojekt gestellt werden, ist der jeweilige Vorhabenträger erforderlich. Inwieweit bei neuen Bauvorhaben oder im Rahmen städtebaulicher Empfehlungen oder Vereinbarungen zur Einbindung einer ökologischen Baubegleitung getroffen werden können, ist von den jeweiligen Projekten abhängig und bedarf einer Prüfung im Einzelfall. Insofern

werden wir uns bei der Übernahme von Regierungsverantwortung der Thematik vertieft annehmen.

11. Wird sich Ihre Partei für die Förderung kombinierter Solar-Gründächer einsetzen, die sowohl dem (Stadt-)Klima als auch der Artenvielfalt nutzen?

Antwort:

Wir werden das Solargesetz novellieren und den Anteil an Solardächern im öffentlichen und privaten Gebäudebereich bis zum Ende der Legislaturperiode mindestens vervierfachen. Hierfür setzen wir auf die Förderung von Solardächern beim Neubau und der Dachsanierung im Bestand und auf die konsequente Errichtung von Solarmodulen und Solarspeichern bei öffentlichen Bestandsgebäuden. Gerade die Öffentliche Hand muss hier vorangehen und darf sich nicht mit Ersatzlösungen aus der Verantwortung herausnehmen.

Darüber hinaus werden wir die Dach- und Fassadenbegrünung, wo immer sie sinnvoll und möglich ist, besser als bisher fördern. So wollen wir den Anteil an bepflanzten Dächern und Fassaden binnen fünf Jahren verdoppeln. Bepflanzte Dächer und Fassaden haben einen positiven Effekt beim Regenwassermanagement und tragen zu einer spürbaren Verbesserung von Stadtklima und Luftqualität bei. Sie leisten einen nachhaltigen Beitrag zur Dämmung und Isolierung. Öffentlichen Liegenschaften kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu.

12. Inwieweit wollen Sie technische Möglichkeiten zur Verringerung der Lichtverschmutzung fördern?

Antwort:

Die Emissionen in den Nachthimmel sind in Berlin im internationalen Vergleich relativ gering. Wir werden uns dennoch weiterhin dafür einsetzen, dass Leuchtmittel auf einen aktuellen Stand der Technik ausgetauscht werden. Dort, wo es möglich ist, sollen Beleuchtungssysteme mit variabler Lichtstärke eingesetzt werden. Unser Ziel ist es, die Lichtemissionen weiter abzusenken. Die Förderung von Modellprojekten oder Forschungsvorhaben in diesen Bereichen erscheint sinnvoll.

Flächensicherung:

13. Was unternimmt Ihre Partei, um die über das Landschaftsprogramm (LaPro) ausgewiesenen Biotopverbundflächen rechtsverbindlich zu sichern?

Antwort:

Der im Rahmen des Berliner Naturschutzgesetzes geschaffene Biotopverbund beträgt 15% der Landesfläche und geht damit über die Regelung des Bundesnaturschutzgesetzes hinaus. Die entsprechenden Flächen sind gemäß dem Bundesnaturschutzgesetz zur dauerhaften Gewährleistung des Verbundes zu sichern. Nach § 21 IV BNatSchG sind die erforderlichen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente sind durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 II BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern, um den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten. Für Gebiete, die rechtlich noch nicht geschützt sind, werden wir uns dafür einsetzen, dass die jeweils entsprechenden Maßnahmen getroffen werden.

14. Was wird Ihre Partei tun, um den Flächenverbrauch allgemein zu reduzieren?

Antwort:

In der wachsenden Metropole Berlin sind die Flächen begrenzt. Deshalb muss die knappe Ressource innerstädtischer Flächen sinnvoll bewirtschaftet werden. Angesichts der Flächenknappheit in der Stadt muss Berlin stärker in die Höhe wachsen. Hochhäuser sollen ihren Platz in Berlin finden und den Charakter der Stadt weiterentwickeln. Durch ihre effiziente Flächenausnutzung können sie in vielfältiger Weise Ressourcen schonen. Wir werden einen Hochhausentwicklungsplan erarbeiten, um geeignete Standorte zu identifizieren. Neben den bekannten Schwerpunkten wie dem Alexanderplatz, Potsdamer Platz, Hauptbahnhof und City West ziehen wir insbesondere Verkehrsknotenpunkte am S-Bahn-Ring und Wohnhochhäuser in besonderen Lagen, z.B. als Randfassungen an inneren und äußeren Freiräumen sowie Wasserlagen, in Betracht. Außerdem sprechen wir uns für die Anhebung der Berliner Traufhöhe aus, um auch in den Gründerzeitvierteln ein weiteres vollständiges Dachgeschoss realisieren zu können, ohne den historisch gewachsenen Charakter zu zerstören.

Auch flach gebaute Supermärkte und deren Parkplätze müssen konsequent mit Wohnen, Gewerberäumen oder sozialen Nutzungen (z.B. Schulen) überbaut werden, weil hier ein enormes Nachverdichtungspotential besteht.

15. Wie will Ihre Partei die Kooperation von Berlin und Brandenburg ausbauen, um städtebauliche Planungen so aufeinander abzustimmen, dass in Stadt und Umland genügend Freiflächen erhalten bleiben?

Antwort:

Berlin und Brandenburg sind nicht nur durch ihre Nachbarschaft und ihre gemeinsame Geschichte miteinander verbunden, sondern auch durch vielfältige

Verflechtungen und gegenseitige Abhängigkeiten. In Zeiten immer größer werdender Herausforderungen für beide Länder ist es daher das Gebot der Stunde, die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg weiter zu intensivieren und zu institutionalisieren.

Dafür brauchen wir eine deutlich engere und regelmäßige Abstimmung zwischen den beiden Bundesländern. Deswegen will die CDU Berlin eine jährlich stattfindende Metropolraumkonferenz ins Leben rufen. Sie soll sich zusammensetzen aus den Mitgliedern des Senats von Berlin, der Landesregierung von Brandenburg, den Berliner Bezirksbürgermeister/-innen sowie den Bürgermeister/-innen und Oberbürgermeister/-innen der Umlandgemeinden. Gegenstand der Metropolraumkonferenz soll die Erörterung gemeinsamer Entwicklungsziele, die Festlegung verbindlicher Leitlinien für die Gemeinsame Landesplanung sowie die Verabredung gemeinsamer Projekte und Aktivitäten, auch in Fragen der städtebaulichen Planungen, sein.

Darüber hinaus will die CDU die Zusammenarbeit zwischen den beiden Landesparlamenten intensivieren, indem ein parlamentarischer Ausschuss von Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses und des Brandenburger Landtages gegründet werden. Da aus verfassungsrechtlicher Sicht die Gründung eines gemeinsamen Ausschusses nicht möglich ist, sollte jedes Parlament einen eigenen Ausschuss einsetzen. Die beiden Sonderausschüsse sollen gleichzeitig tagen und haben den gemeinsamen Auftrag, die gemeinsame Landesentwicklung besser abzustimmen, gemeinsame Projekte zu besprechen und insgesamt die Metropolregion besser zu verzahnen.

Wir werden auch die Zusammenarbeit der Bundesländer Berlin und Brandenburg insbesondere auf dem Gebiet der Raumplanung intensivieren. Dazu gehört nicht nur eine bessere Personalausstattung in den für die gemeinsame Landesplanung zuständigen Verwaltungen, dazu gehören vor allem neue Formate und Formen der verbindlichen planerischen Abstimmung und Verabredung.

Das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum des Metropolraums erfordert nicht nur neue, integrierte Planungsinstrumente, sondern auch den Mut zu nachhaltigen Mobilitätskonzepten und baukultureller Innovation. Deswegen wollen wir die Potentiale und Möglichkeiten einer gemeinsamen Internationalen Bauausstellung (IBA) 2030 mit unserem Nachbarland Brandenburg unbedingt nutzen.

16. Wie stehen Sie zur Randbebauung des Tempelhofer Felds?

Antwort:

Es bedarf einer neuen Stadtdebatte über die Zukunft des Tempelhofer Feldes. Wir werden das ungenutzte Potenzial dieses einmaligen Ortes durch einen städtebaulichen Wettbewerb sichtbar machen. Unser Vorschlag ist ein Tempelhofer Wald als neue grüne Lunge der Stadt, ergänzt um nachhaltige Wohnquartiere am Rand des Feldes. Sport, Freizeit, Kultur und Erholung sollen auch zukünftig ausreichend Raum auf dem ehemaligen Flughafengelände erhalten. Die letzte Entscheidung sollen die Berlinerinnen und Berliner im Rahmen einer Volksbefragung haben.

17. Wie stehen Sie zu dem Plan, den Bau eines Möbelmarkts am „Pankower Tor“ als öffentliches Interesse zu deklarieren, obwohl dieser ein national bedeutsames Vorkommen der streng geschützten Kreuzkröte bedroht?

Antwort:

Wir unterstützen eine nachhaltige und an den Interessen des Allgemeinwohls ausgerichtete Entwicklung des Pankower Tors.